



Presseinformation

Nr. 155/2007

Kiel, Dienstag, 15. Mai 2007

Finanzpolitik/Steuerschätzung

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

Heiner Garg: „Haushalt konsolidieren und Gehaltskürzungen zurück nehmen!“

Zum Ergebnis der Steuerschätzung für Schleswig-Holstein erklärte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Gegenüber ihren bisherigen Schätzungen erwarten die Steuerschätzer in Deutschland von 2007 bis 2010 zusätzliche Steuereinnahmen von knapp 180 Mrd. €. Davon werden auf das Land Schleswig-Holstein fast 2 Mrd. € entfallen und auf die schleswig-holsteinischen Kommunen gut 710 Mio. €. Von den Mehreinnahmen des Landes stehen den Kommunen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleiches noch 17,74% zu—etwa 350 Mio. €—allerdings nimmt die Landesregierung ihnen jedes Jahr 120 Mio. € wieder weg—insgesamt 480 Mio. €. Deshalb erhalten die schleswig-holsteinischen Kommunen statt gut 1 Mrd. € nur knapp 585 Mio. € zusätzlich. Im Gegenzug Das Land kann deshalb bis 2010 statt mit gut 1,6 Mrd. € mit gut 2,1 Mrd. € mehr rechnen“, sagte Garg.

„Wir meinen, die Mehreinnahmen des Landes sollten so aufgeteilt werden: Die Landesregierung sollte den Beamtinnen und Beamten des Landes wieder Urlaubs- und Weihnachtsgeld in der bisherigen Höhe auszahlen. Denn der Haushalt des Landes sollte nicht auf dem Rücken seiner Bediensteten saniert werden, denen ständig mehr Arbeit und komplexere Leistungen abverlangt werden: Hierfür sollte die Landesregierung bis 2010 400 Mio. € bereit stellen. Mit den restlichen 1,7 Mrd. € Mehreinnahmen sollte das Land neue Schulden vermeiden“, sagte Garg.

„Trotz der erfreulichen, konjunkturbedingten Entwicklung der Steuereinnahmen gibt es im Landeshaushalt weiterhin ein großes strukturelles Defizit: Das muss abgebaut werden, damit wir die Herausforderungen der alternden Bevölkerung meistern können. Gleichzeitig zeigen die Mehreinnahmen aber auch das wirksamste Mittel, um die Einnahmen des Landes zu steigern: Hohes Wirtschaftswachstum. Wir Liberale fordern seit Jahren, diese Erkenntnis in konkrete Wirtschafts- und Finanzpolitik umzusetzen, damit das Wachstum dauerhaft höher ausfällt: Der Großen Koalition fehlt diese Einsicht—aber die Steuerschätzung gibt uns Recht“, sagte Garg abschließend.